

MONTAGSGESICHT

Der Mann hinter «schwanger.li»

Christoph Jochum leistet im Auftrag des Fürstenhauses Hilfe für Schwangere in Not

In Liechtenstein ist die Abtreibung nur unter sehr restriktiven Bedingungen legal, was immer wieder zu Spannungen zwischen Volk und Fürstenhaus führt. Dieses finanziert eine Beratungsorganisation für Schwangere. Sie wird von einem Mann geleitet.

Günther Meier, Vaduz

«Manchmal meldet sich ein Kind zum falschen Zeitpunkt an. Manchmal erweist sich eine Partnerschaft als nicht tragfähig. Manchmal ist die finanzielle Zukunft trostlos. Manchmal passiert eine Verhütungspanne. Manchmal fühlt sich eine Frau schlicht überfordert.» Mit diesem Text auf der Website signalisiert «schwanger.li» den ratsuchenden Frauen Verständnis für ihre Situation, dass eine nicht gewollte Schwangerschaft zur Belastung werden kann und eine Abtreibung überlegt wird.

Die Organisation im Dreiländereck Liechtenstein, Schweiz und Österreich wird vom Fürstenhaus Liechtenstein getragen. Christoph Jochum ist Geschäftsführer und einziger Mann in der Hilfsorganisation. Beratung kann über Telefon erfolgen oder über E-Mail angefordert werden. Der Schwerpunkt der Beratungstätigkeit findet aber im direkten Gespräch statt.

Fürstenhaus trägt Kosten

«Unser Auftrag besteht darin, schwangere Frauen und Paare in Krisensituationen durch professionelle psychosoziale Hilfe zu stabilisieren und darin zu unterstützen, wieder eine positive Perspektive für sich zu entwickeln», mit diesen Worten umreisst Christoph Jochum das Tätigkeitsgebiet der Organisation, die im Fürstentum sowie in der angrenzenden schweizerischen und österreichischen Region mit drei Beratungsstellen präsent ist.

Das ursprüngliche, auf Konfliktberatung für schwangere Frauen begrenzte Angebot ist inzwischen breiter angelegt. Frauen erhalten Unterstützung bei unerfülltem Kinderwunsch, bei Trauer nach einer Fehlgeburt oder bei psychischer Belastung während der Schwangerschaft und nach der Geburt. «Stark nachgefragt werden auch sozialrechtliche Informationen von Frauen und von Paaren, die sich in den Sozialsystemen in einem der drei Länder



«Schwanger.li»-Leiter Christoph Jochum: «eine sehr männliche und sinnvolle Lebensaufgabe».

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

nicht zurechtfinden», sagt Jochum und fügt an, dass Beratungen zum Thema vorgeburtliche Untersuchungen, die mit dem Vorarlberger Landesspital durchgeführt würden, in jüngster Zeit zugezogen hätten.

Für die Organisation «schwanger.li», die schon im Namen auf moderne, diskrete und zum Teil anonyme Kommunikationsmöglichkeiten hindeutet, stehen 14 hauptamtliche Fachkräfte im Einsatz – Psychologinnen, Psychotherapeutinnen, Sozialarbeiterinnen, Hebammen, Sexualpädagoginnen. Den Aufwand der Sophie-von-Liechtenstein-Stiftung, benannt nach der Erbprinzessin Sophie, trägt das Fürstenhaus allein. In den Jahresberichten werden keine Zahlen genannt, doch dürfte es sich um einen ansehnlichen Betrag handeln, der für die Fachkräfte und die Räumlichkeiten an den drei Standorten aufgewendet werden muss.

Die Zahlen von ratsuchenden Frauen weisen darauf hin, dass in diesem Dreiländergebiet eine Nachfrage schwangerer Frauen nach Hilfeleistungen be-

steht. Bis Ende Jahr dürfte die Schwelle von 600 Frauen überschritten sein, schätzt Christoph Jochum, die 2013 eine oder mehrere der angebotenen Hilfen in Anspruch genommen haben. Bewährt haben sich nach seiner Erfahrung die drei örtlich getrennten Beratungsstellen, die eine absolute Diskretion gewährleisten: Schweizerinnen und Österreicherinnen können zur Beratung nach Liechtenstein kommen, Liechtensteinerinnen schätzen die zugesicherte Anonymität im benachbarten Ausland.

Christoph Jochum sieht die Schwangerschaft und damit zusammenhängende Probleme nicht als alleiniges Frauenthema. Aus Erfahrung weiss er, dass in Schwangerschaftskonflikten den Frauen häufig der Rückhalt des Mannes fehlt. Seine Aufgabe bei «schwanger.li» sieht Jochum ein Stück weit als Vertretung der fehlenden Männer. «Es entspricht meinem Verständnis von Mannsein, für Frauen in Bedrängnis zu sorgen», betont er. Mit seinem Team versucht er, die Rahmenbedingungen für die betroffenen Frauen zu verbessern,

für Schutz und Sicherheit zu sorgen und die Frauen persönlich zu unterstützen, auch längerfristig, so gut es möglich ist: eine nach seiner Einschätzung «sehr männliche und sehr sinnvolle Lebensaufgabe».

«love.li»

Der Aufgabenbereich der Sophie-von-Liechtenstein-Stiftung reicht über Beratungs- und Hilfsangebote für Schwangere hinaus, wie Jochum betont. Mit den Fachkräften der angegliederten Beratungsstelle «love.li» führte die Stiftung allein in diesem Jahr 170 sexualpädagogische Workshops in Schulen durch. Zudem bietet «love.li» Lehrerinnen und Lehrern professionelle Hilfe bei schulischen Krisen im Zusammenhang mit Sexualität an. Seit 2011 ist Jochum auch verantwortlich für die «Bodensee-Dialoge» – eine jährliche Vier-Länder-Fachtagung zu interdisziplinären Fragen der Frauenheilkunde, die in Kooperation mit Universitäten aus den Bodensee-Anrainer-Staaten durchgeführt wird.

Bundesrat will intransparente Hedge-Funds verbieten

Die Reform der Altersvorsorge schränkt Pensionskassen bei Investitionen in teure alternative Anlagen ein

Der Bundesrat will gewisse alternative Anlagen aus der zweiten Säule verbannen, andere limitieren. Der Pensionskassenverband spricht von staatlicher Bevormundung.

Simon Gemperli

Für die einen sind sie des Teufels, andere schwören auf sie. Es ist aber eine Tatsache, dass die alternativen Anlagen, namentlich Hedge-Funds und Private-Equity-Anlagen, teuer sind. Gemäss einer Untersuchung des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) investieren Pensionskassen 6,4 Prozent ihres Vorsorgevermögens in alternative Anlagen. Diese enthalten oft über mehrere Etagen gebaute Vehikel und verursachen 33,2 Prozent der Vermögensverwaltungskosten. Das sagt nichts über die Sinnhaftigkeit dieser Investitionen aus, wohl aber über die Notwendigkeit, die Kostenseite genau anzuschauen.

Mit der Strukturreform in der beruflichen Vorsorge haben Parlament und Bundesrat den Vorsorgeeinrichtungen mehr Transparenz verordnet. Die Ober-

aufsichtskommission formulierte dazu Transparenzanforderungen. Anlagevehikel, welche diese nicht erfüllen, müssen von den Pensionskassen in der Jahresrechnung ausgewiesen werden. Nun will der Bundesrat über diese Bestimmungen hinausgehen. Bei der Eröffnung der Vernehmlassung über die Rentenreform wurde dies öffentlich jedoch kaum zur Kenntnis genommen.

Kostenbudget

Anreize zur Senkung der Vermögensverwaltungskosten seien in einem System des Zwangssparens «nicht ausreichend», heisst es in den Vernehmlassungsunterlagen. Im Bereich Private Equity und Hedge-Funds müsse der Transparenz-Nachweis zwingend erbracht werden. Intransparente Produkte hätten gemäss angepeilter Verordnungsänderung in einem Pensionskassen-Portfolio nichts mehr zu suchen.

Darüber hinaus will der Bundesrat die Kosten der alternativen Anlagen im Verhältnis zu den Vermögensverwaltungskosten «auf eine bestimmte Prozentzahl» begrenzen. Der Kostenanteil der alternativen Anlagen, der heute bei etwa 30 Prozent liegt, soll «beispiels-

weise um rund ein Drittel» reduziert werden. Die vom Bundesrat erlassenen Anlagevorschriften lassen es zu, bis zu 15 Prozent des Vermögens in alternative Anlagen zu investieren. Gemäss Pensionskassenstatistik machen Hedge-Funds und Private-Equity-Anlagen im Durchschnitt 60 Prozent der alternativen Anlagen oder 3,6 Prozent des Gesamtvermögens aus. Sie werden oft zur Diversifizierung eingesetzt.

Mit der geplanten Verordnungsänderung werde für Hedge-Funds und Private-Equity-Anlagen ein Kostenbudget eingeführt, sagt BSV-Vizedirektorin Colette Nova. Teure Produkte kaufen sei nach wie vor möglich, doch müssten sich die Kassen genauer überlegen, ob Kosten und Nutzen im Verhältnis stünden. Ausgehend von der Pensionskassenstatistik schätzt Nova, dass eine Vorsorgeeinrichtung ihr Kostenbudget bei etwa 9 Prozent Hedge-Funds und Private-Equity-Anlagen ausgeschöpft hat. Daneben bleiben kostengünstigere alternative Anlagen wie Rohstoffe möglich. «Die Limite von 15 Prozent kann theoretisch demnach durchaus ausgeschöpft werden, allerdings müssen etwas günstigere alternative Anlagen etwas stärker betont werden», sagt Nova.

Der Schweizerische Pensionskassenverband (ASIP) ist einer der wenigen Verbände, die der Rentenreform des Bundesrats grundsätzlich positiv gegenüberstehen. Die Massnahmen zu den alternativen Anlagen lehnt er aber entschieden ab. Die Forderung nach Kostentransparenz erfolge zu Recht und liege im Interesse der Versicherten, sagt ASIP-Direktor Hanspeter Konrad. Aber weitergehende Regulierungen oder ein Verbot nicht kostentransparenter Anlagen seien nicht notwendig.

«Bevormundung»

«Das aus den Sozialpartnern zusammengesetzte Führungsorgan muss in dieser Beziehung nicht vom Gesetzgeber bevormundet werden», so Konrad. Kostentransparenz sei wichtig, insbesondere bei der Auswahl eines Produkts. Die Höhe der Kosten müsse aber im Verhältnis zur Rendite beurteilt werden. Die Netto-Rendite sei im Übrigen immer schon transparent gewesen. Der ASIP-Direktor plädiert dafür, die Pensionskassen erst einmal die Verordnungsänderungen der letzten Jahre umsetzen zu lassen, bevor neue Auflagen beschlossen werden.

IN KÜRZE

Keine Minibars mehr in ICN-Zügen

(sda) · Aus für die Minibars in den Intercity-Neigezügen (ICN): Passagiere der ICN der SBB können sich nur noch im Speisewagen mit Kaffee, Chips oder Schokolade eindecken. Die SBB bestätigten eine entsprechende Meldung der «Sonntags-Zeitung». Passagiere der 1. Klasse werden weiter am Platz bedient. Sie können ihre Bestellung beim Speisewagenpersonal aufgeben, das ab und zu die Erste-Klasse-Wagen abschreitet. Weil die Minibars seit dem 1. November aus den ICN verschwunden sind, wurde in den Speisewagen das Angebot an Speisen und Getränken zum Mitnehmen ausgebaut.

Cina neuer KdK-Präsident

(sda) · Der Walliser Volkswirtschaftsdirektor Jean-Michel Cina (cyp.) präsidiert ab 1. Januar 2014 die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK). Er wurde an der Plenarversammlung vom Freitag in Luzern zum Nachfolger des Waadtländers Pascal Broulis (fdp.) gewählt. Broulis gibt sein Amt turnusgemäss nach vier Jahren ab. Er war 2010 der erste Westschweizer, der das Präsidium der 1993 gegründeten KdK übernommen hatte.

Initiative zur Ernährungssicherheit

(sda) · Der umstrittene Passus über einen Selbstversorgungsgrad ist aus dem Entwurf der Volksinitiative für Ernährungssicherheit gestrichen worden. Die Gruppe um SVP-Nationalrat Rudolf Joder ist dem Bauernverband (SBV) in diesem Punkt entgegengekommen. Der SBV und die Gruppe Joder hatten sich Anfang der Woche darauf geeinigt, gemeinsam eine Initiative für Ernährungssicherheit zu lancieren. Umstritten war allerdings noch, ob ein gewisser Selbstversorgungsgrad in der Verfassung festgeschrieben werden soll. Die beiden Gruppierungen haben sich nun auf folgenden Text geeinigt: «Der Bund stärkt die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln aus vielfältiger, nachhaltiger inländischer Produktion.»

Juso gegen «Sparwahn»

(sda) · Die Delegierten der Jungsozialisten haben am Samstag Dario Schai zum neuen Zentralsekretär gewählt. Er übernimmt den zweitwichtigsten Posten in der Juso von Kristina Schüpbach. Die Delegierten befassten sich aber vor allem mit der «ruinösen bürgerlichen Finanzpolitik». In siebzehn Kantonen stünden Sparpakete an, am stärksten betroffen seien die Bereiche Bildung und Soziales, riefen die Jungsozialisten in einer Mitteilung in Erinnerung.

Medien-GAV in der Romandie

(sda) · Die Westschweizer Medienschaffenden haben ab 2014 wieder einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV). Die Delegierten der Journalistenorganisation Impremus billigten an einer ausserordentlichen Generalversammlung den von den Verlegern bereits angenommenen Vertrag. Die Westschweizer Delegierten von Impremus hiessen den GAV mit 16 zu 7 Stimmen gut. Der Entscheid fiel «ohne Freude und nach einer lebhaften Debatte», sagte Zentralsekretärin Dominique Diserens. Die Verleger hatten den bisherigen GAV im Dezember 2012 gekündigt. Als Grund hatten sie angegeben, dass sie keine Mindestlöhne mehr wollten. Diese sind im neuen GAV nicht mehr enthalten, als minimaler Einstiegslohn wurden 5842 Franken pro Monat und ein 13. Monatslohn festgelegt.

Altregierungsrat wird Medienchef

(sda) · Die Vaduzer Medienhaus AG, welche die Tageszeitung «Liechtensteiner Vaterland» herausgibt, steht ab Anfang nächsten Jahres unter neuer Leitung. Altregierungsrat Hugo Quaderer übernimmt den Vorsitz einer neuen, siebenköpfigen Geschäftsleitung. Der 48-jährige Hugo Quaderer schied letzten Frühling nach acht Jahren aus der Landesregierung aus, weil er auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte. Der ehemalige Regierungsrat ist bereits Vizepräsident des Verwaltungsrates der Vaduzer Medienhaus AG.